

Die „Volkszeitung“
erschien wöchentlich 4 Mal
von 11 bis 12 Uhr
Sprecher: Hans Gumbert, 2/1,
und nach Absprache zu beliebiger
Stunde wöchentlich 2 Mal, 2/10,
von 12 bis 13 Uhr.
Durch die Post bezogen 2/10, 2/10,
post und Geld 2/10, 2/10,
an keine Post am Ort, 2/10, 2/10.

Volksrecht

für Schlefien, Posen und die Nachbargebiete.

Die „Volkszeitung“
erschien wöchentlich 4 Mal
von 11 bis 12 Uhr
Sprecher: Hans Gumbert, 2/1,
und nach Absprache zu beliebiger
Stunde wöchentlich 2 Mal, 2/10,
von 12 bis 13 Uhr.
Durch die Post bezogen 2/10, 2/10,
post und Geld 2/10, 2/10,
an keine Post am Ort, 2/10, 2/10.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 224.

Donnerabend, den 25. September 1909.

20. Jahrgang.

Was das Zentrum niederstimmte.

Die Schwarzen geben sich alle Mühe, in Versammlungen und in der Presse die Diskussion von der Finanzreform auf andere Gebiete zu lenken, und so macht denn durch die ganze schwarze Presse die Liste die Kunde, gegen welche Gesetze die Sozialdemokraten gestimmt haben. Natürlich wird dabei verschwiegen, daß die Sozialdemokraten den Gesetzen ihre Zustimmung verweigerten, als sie in arbeiterfeindlichem Sinne verfaßt waren. Alles, was das Zentrum an sozialpolitischen Großtaten angeblich geleistet hat, war lange vorher in besserer Form von der Sozialdemokratie gefordert. Auch Zentrumskleude haben das schon anerkannt.

Die „Volkszeitung“ in Mainz zitierte in Nr. 275 vom 21. Dezember 1906 folgenden Ausspruch des bayerischen Zentrumsgesandten Professor Enebe:

„Die Sozialdemokratie geht im allgemeinen darauf aus, daß sie den Mitgliedern des vierten Standes ihre Lebenshaltung zu verbessern sucht. Sie geht darauf aus — das ist ihre Tendenz — die Arbeiter zu heben und zu fördern gegen die Uebermacht des Kapitals. Ich meinerseits betrachte schon längst die Sozialdemokratie nach dem, was sie leistet — und, meine Herren, geleistet hat sie schließlich doch auch schon etwas, sie war hinter den anderen Parteien her und hat sie gedrängt, die Sozialreform energischer in Angriff zu nehmen und das Menschenmögliche durchzuführen. Ich leugne auch nicht, daß die Sozialdemokratie auch auf das Zentrum in der Weise eingewirkt hat, daß dieses energisch und entschieden die Realisierung zur Durchführung der Reformen drängt.“

Aber viel mehr, als das Zentrum auf sozialpolitischem Gebiete gut gemacht hat, hat es gefündigt. Das Zentrum stimmte bei dem Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz auch solche Anträge nieder, die noch heute als sogenannte sozialpolitische Ziele der christlichen Gewerkschaften gelten! Das Zentrum stimmte nieder beim Krankenversicherungsgesetz:

1. daß die Versicherung auf alle Arbeiter, Handwerker und Kleinbauern ausgedehnt werde;
2. daß vom Beginn der Erwerbsunfähigkeit an Krankengeld bezahlt werde;
3. daß das Krankengeld für die ganze Dauer der Erwerbsunfähigkeit bezahlt werde;
4. daß das Krankengeld in Höhe des ortsüblichen Tagelohnes und für Berufsarbeiter mindestens 2 Mark betrage;
5. daß eine einheitliche Organisation für die Versicherung geschaffen werde.

Es lehnte bei der Unfallversicherung ab:

1. daß alle Arbeiter versichert werden;
2. daß die Verletzten in den ersten 13 Wochen ärztliche Hilfe und Rente auf Kosten der Unfallversicherung erhalten;
3. daß durch die Rente der verlorene Arbeitsverdienst voll ersetzt werde;
4. daß den Witwen getöteter Arbeiter eine Rente in Höhe von 50 Prozent des Arbeitsverdienstes gegeben werde;
5. daß die Arbeiterauskünfte bei der Verwaltung mitwirken.

Bei der Alters- und Invaliditätsversicherung lehnte es ab:

1. daß alle Arbeiter, auch die Heimarbeiter, die kleinen Handwerker und Kleinbauern versichert werden;
2. daß vom 60. Lebensjahre ab Altersrente gezahlt werde;
3. daß das Reich einen Zuschuß von 90 Mark zu jeder Rente zahlt;
4. daß die Beiträge für die Versicherten mit weniger als 550 Mark Einkommen jährlich aus öffentlichen Mitteln gedeckt werden;
5. daß die Renteerzielung nach dem wirklichen Arbeitsverdienst erfolgt;
6. daß die Versicherten Invalidenrenten erhalten, die nicht mehr als die Hälfte ihres früheren Einkommens erwerben können;
7. daß Kranken von dem Tage an, wenn sie kein Krankengeld mehr erhalten, Invalidenrente gezahlt werde;
8. daß die Invalidenrente mindestens 30 Prozent des früheren Einkommens betragen solle;
9. daß Krankheitsverhütungsvorschriften zu erlassen sind;
10. daß eine einheitliche Organisation für das ganze Reich geschaffen wurde.

Diese Taktik des Ablehnens wurde vom Zentrum und von den heutigen Blockparteien auch noch dann befolgt, als schon an den Rechnungsergebnissen der finanzielle Erfolg von Verbesserungen genau nachgewiesen werden konnte.

Noch 1892 und 1903 stimmten diese Parteien gegen die Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle Arbeiter, 1892 dagegen, daß für die ersten drei Tage Krankengeld und bei lang andauernder Krankheit für ein volles Jahr, also bis zu dem Termin, wenn der Kranke Anspruch auf Invalidenrente erlangt, Krankengeld gezahlt werde. Sie stimmten 1899 dagegen, daß die Arbeitervertreter und die von den Versicherten zu wählenden Beisitzer zu den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts gewählt werden.

Obwohl sehr viele Anträge schon deshalb abgelehnt wurden, weil sie von Sozialdemokraten gestellt sind, hat doch keine Partei nur annähernd so viele Verbesserungen der Versicherungsgesetze geschaffen, wie die Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokraten stellten diese Forderungen, die nicht nur sozial gerecht waren; als man sie dennoch mit

Hilfe des Zentrums ablehnte, stammte die Sozialdemokratie gegen diese Gesetze, um besseren Gesetzen die Bahn zu ebnen! Und zum Schluß sei daran erinnert, was einstens Bismarck sagte: „Ohne Sozialdemokraten im Reichstage hätten wir keine Sozialgesetze.“

Wahlreform 1911.

Eine parlamentarische Korrespondenz, die für offiziell gehalten wird, kündigt für das Jahr 1911 eine preussische Wahlreform an. Der neue Ministerpräsident Herr v. Bethmann-Hollweg habe, so wird da mitgeteilt, sich bald nach Uebernahme seiner neuen Ämter eingehend über den Stand der Angelegenheit informieren lassen und „wertvolle Winke“ zur Förderung der Sache erteilt. Er stehe ganz auf dem Standpunkte seines Amtsvorgängers, unterschätze aber nicht die Schwierigkeiten des großen Werkes. Es bestehe aber die Hoffnung, daß die Reform im Frühjahr 1910 greifbare Gestalt gewinnt, und dann sollen die Rücksprachen mit den Parteiführern des Landtages erfolgen, von deren Ergebnis das Werden des Werkes zum großen Teil abhängig gemacht wird. Eine Wahlreform im Jahre 1910 ist angeblich ausgeschlossen. Sollten jedoch die Aussichten für die projektirte Vorlage gut sein, das heißt sollte sich eine Mehrheit für sie finden, so ist „zu hoffen“, daß der Landtag zu Beginn der Session 1911 eine solche Vorlage vorfindet und die nächsten Neuwahlen nach den neuen Grundsätzen erfolgen.

Welcher Art sollen nun diese „neuen Grundsätze“ sein? Darüber wird, abgesehen von einigen unklaren Redensarten, wonach die Reform keine Kopie und Kompilation, sondern eine echt preussische „Originalarbeit“ sein soll, nicht mehr gesagt als dies:

„Eine Reform in rein liberalem Sinne, allgemeines, geheimes, direktes Wahlrecht, vollständig neue Eintheilung der Wahlkreise wäre von vornherein ein totgeborenes Kind. Sie würde dem Landtage nach ihrer Vorlegung kostbare Zeit für wichtigeres anderes Material nehmen, würde aber nie Gesetz werden.“

„Allgemeines, geheimes, direktes Wahlrecht“ — vom gleichen Wahlrecht ist überhaupt nicht die Rede, und dieses kann richtigerweise auch nicht als liberale Forderung bezeichnet werden. Nur die Freisinnigen fordern es angeblich, während sich die Nationalliberalen auf das ungleiche Pluralwahlrecht festgelegt haben. Das allgemeine, geheime, direkte Pluralwahlrecht, mit Neuenteilung der Wahlkreise, das ist das eigentliche liberale Wahlreformprogramm, und von diesem Programm, dessen Durchführung die Nationalliberalen mit Recht oder Unrecht vom Fürsten Bülow erhoffen zu dürfen glauben, wird jetzt gesagt, daß es völlig aussichtslos, daß es ein totgeborenes Kind sei.

Die „Originalarbeit“ der preussischen Regierung, die nicht das gleiche, nicht das direkte, nicht das geheime Wahlrecht und auch keine durchgreifende Neuenteilung der Wahlkreise bringt, soll so beschaffen sein, daß sie Aussicht hat, von den Parteiführern des preussischen Landtages in geheimen Verhandlungen gebilligt zu werden. Die Parteiführer des preussischen Abgeordnetenhauses — um von den Herrenhäuslern Mirbach, Mantauffel usw. gar nicht zu reden — sind der konservative Herr v. Seydebrand und der freikonservative Freiherr v. Zedlitz. Beide verfügen zusammen schon beinahe über die Mehrheit. Um aber eine wirkliche Mehrheit zu bilden, muß noch entweder der Zentrumsführer Dr. Porck, oder der nationalliberale Professor Friedberg hinzugezogen werden. Sind Herr v. Seydebrand, Herr v. Zedlitz und Dr. Porck einig, so hat der Professor Friedberg oder schon gar der freisinnige Herr Wiemer im Konzert der preussischen Parlamentsmächte nur noch dekorative Bedeutung. Das Zentrum, das nach der Reichsfinanzreform keinen Volksverrat mehr scheut — schwarzer als man ist, denkt es, kann man ja garnicht mehr werden — hat sich jetzt schon in nicht mißzuverstehender Weise bereit erklärt, das Geschäft mit den Konservativen zu machen, und die Liberalen auf jeden Fall zu unterstützen. Die echt preussische Original-Wahlreform, die weder das gleiche, noch das geheime, noch das direkte Wahlrecht bringt, und die die Herrschaft des verjüngerten blauen Landes über die städtische und industrielle Welt Preußens nicht antasten soll, ist gedacht als ein Werk, das der schwarze Schnapsblock unter Ausschaltung der Liberalen vollbringen soll.

Die Stimmung der Massen gegenüber der projektirten Regierungreform ist berartig, daß sie sich vielleicht am besten in den Worten ausdrücken läßt: „Je schlechter, desto besser!“ Je ängstlicher und engherziger sich die preussische Regierung jetzt zeigt, desto freudiger wird sie sein müssen, wenn die unvermeidliche große Flutwelle der preussischen Wahlreform sich bewegt. Für die echt preussische Original-Wahlreform ist übrigens das Jahr 1911 ein ausgezeichnetes Terrain, denn in diesem Jahre finden die allgemeinen Reichstagswahlen statt, und kein Wahlkampf kann uns Sozialdemokraten tiefer sein, als in jenen, der im Zeichen der Befreiung Deutschlands von Preußen geführt wird.

Politische Ueberfahrt.

Zentrums-Kamarilla. Nach der Behauptung des freikonservativen Freiherrn v. Zedlitz soll die Verständigung zwischen Zentrum und Konservativen über die Reichsfinanzreform dadurch erzielt worden sein, daß man den führenden Mitgliedern beider Parteien die Ueberzeugung beizubringen versuchte, Fürst Bülow habe durch die November-Ereignisse das Vertrauen des Kaisers unwiederbringlich verloren, es entspreche seinen Wünschen, wenn der Reichskanzler über die Reichsfinanzreform stürze.

Der geschäftsführende Finanzausschuß erklärt diese Nachricht, „so weit unsere Parteilassung in Betracht kommt“, für frei erfunden. Er feht sich damit in ziemlich scharfen Widerspruch zu der konservativen Presse, die bisher dem Vorwurf, daß die Konservativen bei der Reichsfinanzreform den Reichskanzler gestürzt hätten, stets mit dem Einwande begegnete, der Abgang des Fürsten Bülow sei nicht von den Konservativen beantragt, sondern vom Kaiser gewünscht worden. Diese Darstellung wird oben drein neuerdings durch einen Artikel der ultramontanen „Märkischen Volkszeitung“ bestätigt, in welchem die Taten der November-Intrigue in vielleicht allzu offenerherziger Weise bloßgelegt werden. Natürlich schiebt das märkische Zentrumblatt alle Schuld dem Fürsten Bülow zu; es behauptet, daß das berüchtigte „Daily Telegraph“-Interview ganz den Wünschen und Intentionen des Reichskanzlers entsprungen habe. Das Manuskript des Interviews sei mit Maschinenschrift geschrieben gewesen, die Geschäfte von seiner Unleserlichkeit sei nichts als eine faule Austerode. Es wurden drei Abschriften davon gemacht, wovon je eine an den bekannten Geheimrat Klehmet, der dafür in die Wüste geschickt wurde, die andere an den Unterstaatssekretär Gemrich ging. Beide bestätigten die Richtigkeit des Inhalts, und das Schriftstück ging dann an den Fürsten Bülow zurück, der die Fälschung nicht beanstandete. Er soll sogar zuvor überschwengliche Briefe an Wilhelm II. geschrieben haben, in denen er sich mit dem Vorgehen des Kaisers völlig einig erklärte.

Erst als das Interview nicht die gewünschte Wirkung erzielte, sei Fürst Bülow, so erzählt das Zentrumblatt weiter, bei Seite gesprungen und habe die Pflaume auf den Kaiser drücken lassen. Seitdem war das Verhältnis zwischen Kaiser und Kanzler zerstört, worüber sich einzelne Mitglieder der kaiserlichen Familie sehr heuchlich aussprachen. Als Bülow am 11. März um seine Entlassung bat, habe der Kaiser gesagt: „Jetzt nicht“, und so traf ihn erst bei der Reichsfinanzreform das Verhängnis.

Es bedarf keiner neuen Tatsachen, um zu beweisen, daß die Haltung Bülows in der Novemberkrise nichts weniger als einwandfrei war. Die Darstellung der „Märkischen Volkszeitung“ ist daher nur interessant durch die Reflexe, die sie auf ihre Urheber zurückfallen läßt. Hier wird bestätigt, was schon oft behauptet worden ist. Die katholischen Magnaten der Hofe haben ihre Beziehungen zum Kaiser und den Mitgliedern der kaiserlichen Familie benützt, um im Interesse des ausgeschalteten, rachebürtigen Zentrums dem Reichskanzler ein Bein zu stellen. Die schwarzen Herren versprechen sich auf die Hofabale ebenso gut, wie auf die Kammerintrigue, und die Kamarilla gilt ihnen genau ebensobiel wie der Parlamentarismus, wenn es darauf ankommt, zu zeigen, daß niemand im Reiche an die Macht des Zentrums rühren darf, ohne sich dabei den Krügen zu brechen. Zu diesem Zweck hat man Wilhelm II. in der verhängnisvollen Meinung bekräftigt, daß seine seltsame Art, auswärtige Politik zu treiben, die einzig richtige und dem Reiche förderliche sei. Was liegt auch den patriotischen Zentrumsherren daran, daß das Reich Schaden leidet, wenn nur die Kirche triumphiert!

Die Angaben der „Märk. Volksz.“ lauten wahrlich: „Ehe der Kaiser sich nach England begab, hatte er eingehende Unterredungen mit dem Reichskanzler, um mit diesem alles durchzusprechen, was während des Aufenhaltes geschehen würde, um eine Besserung des Verhältnisses mit England herbeizuführen; in diesem Gespräch zeigte sich vollkommene Uebereinstimmung zwischen Kaiser und Kanzler, und dabei wurden alle Materien, die in dem späteren Interview sich fanden besprochen.“

Der Kaiser führte dann während seines Aufenthaltes in England die Unterredungen ganz im Sinne der Rücksprache mit dem Reichskanzler; er besah auch in diesem Kontakt mit diesem und verständigte ihn durch Briefe über alle Unterredungen. Fürst Bülow aber erklärte sich in ganz überschwenglichen Briefen mit dem Vorgehen des Kaisers völlig einig; diese Briefe werden später einmal ein ganz eigenartiges Licht auf das Verhalten des Reichskanzlers werfen.

Die Aussprache des Kaisers mit hervorragenden Engländern erreichte ihren Zweck; man bewertete in diesen Kreisen Deutschland nun wesentlich günstiger. Dieser Erfolg ermüdete uns; der unter dem „uns“ gemeint ist, bezieht das Zentrumsgeschäft nicht; ein Berliner Mitteilungsblatt vermutet, daß das Motiv des Verlebens stehen geblieben ist und daß die Anwendung dieses Wortes darauf schließlich die Mittel der „Märkischen Volkszeitung“ kamme von einem Mitglied der „Märkischen Kamarilla.“ Die Mitteilungen des Kaisers einer besseren Denkfähigkeit voraussetzen — in Berlin wurden die Grund-

Neueste Nachrichten.

Das Urteil gegen Schilling.

Berlin, 24. September. Das Urteil im Prozess Schilling (siehe gestrige Nummer) lautet auf Anerkennung des Titels Bürgermeister und 600 Mark Geldstrafe.

Schwerer Konflikt in der Edelmetallindustrie.

Hannau, 24. September. (S. L. B.) Eine von der Bezirksleitung des deutschen Metallarbeiterverbandes einberufene Versammlung der organisierten Gold- und Silber-Arbeiter von Hannau und Umgebung beschloß, in allen Gold- und Silberwarengeschäften am Sonntag dieser Woche die Arbeitslosigkeit einzutreten. Die Differenzen entstanden, weil der seit drei Jahren bestehende Arbeitsvertrag, der abgelaufen ist, nicht mehr abgeändert werden soll, vielmehr nur eine Arbeitsordnung eingeführt werden soll, die von den Arbeitern nicht anerkannt wird. Organisiert sind 95 Prozent aller in der Edelmetall-Industrie beschäftigten Arbeiter. (Es handelt sich um eine bürgerliche Meinung.)

Englische Budgetfragen.

(Siehe Ausland.)

London, 24. September. (S. L. B.) Gladstone hielt gestern im Guildhall eine politische Rede, in der er zu schmerzlichen Ausführungen über die Stellung des Reiches in der Welt überging, welche auch das Schicksal des Budgets betraf, der endgültige Sieg werde doch der Regierung bleiben. Diese verlange nicht mehr, als an das Land zu appellieren. In diesem Falle würden die Wähler angefordert: weber, sich auch zu Gunsten des Fortschritts anzuschließen. Der Vortrag wurde von der Versammlung mit großer Begeisterung aufgenommen.

Marokko.

Paris, 24. September. (S. L. B.) Folgende von der spanischen Senur drei Tage zurückgehaltene Depesche ist hier auf Umwegen eingetroffen: Von 600 Eingeborenen, welche am letzten Sonntag unter Führung spanischer Offiziere von Melilla 15 Kilometer entfernten Wachen besetzen wollten, machten sich 400 mit modernen Gewehren ausgerüstete Eingeborene aus dem Staube und gingen zu den Kabylen über. Die übrigen 200 flohen nach Melilla zurück. Nach einer anderen Version sollen die Flüchtigen vor ihrer Flucht auf eine Abteilung spanischer Soldaten gefeuert und mehrere Offiziere und Soldaten schwer verwundet haben.

Paris, 24. September. (S. L. B.) Aus Tanger kommt die Meldung, daß die französische Regierung durch ihren Gesandten dem Herrscher Muley Hafids die Antwort auf den Protest Muley Hafids überreichte. Die französische Regierung erklärt darin, daß eine fremde Intervention im Rif nicht beabsichtigt sei, da diese Gelegenheit ausschließlich Spanien interessiere. Die Note wiederholt außerdem, daß sie dem Vertreter Spaniens im Rifgebiete volle Freiheit erleihe und daß die französische Regierung der Ansicht sei, daß dies Recht Spaniens zu respektieren ist.

Ein schwerer Eisenbahnunfall.

Brüssel, 24. September. (S. L. B.) Bei einem gestrigen Unfall des Berliner Pariser Expresszuges auf dem Bahnhofs Vierviers sind, wie nunmehr festgestellt, 5 Reisende schwer verletzt, deren Namen noch nicht ermittelt sind. Ein Russe wurde sterbend ins Hospital gebracht. Mehrere Personen sind leicht verletzt.

Wassernot.

Mailand, 24. September. (S. L. B.) Der Schaden, den die gelbe Flutwelle in dem Badiote Terrazzo anrichtete, wird auf 15 Millionen Lire geschätzt. Viele Personen sind verletzt. Genaue Einzelheiten fehlen noch. Die Behörden von Genua und Savona ersandten Untersuchungen. Die Rettungsarbeiten sind im Gange.

Leipzig, 24. September. (S. L. B.) Der Kaufmann Bernhard Gröber aus Berlin, der wegen des Attentats im Reichsgericht zu Leipzig auf seinen Gefängnisurlaub unterstellt worden war und der vor kurzem in eine Neudenerkennung überführt worden ist, ist der Grund eines von der Leipziger Staatsanwaltschaft erlassenen Haftbefehls neuerdings verhaftet worden.

St. Petersburg, 24. September. (S. L. B.) Seit einiger Zeit demonstrieren die Einwohner der reindeutschen Stadt Auspzig gegen die tschechische Privatschule, die dort errichtet wurde. Gestern ließ der Vorsteher der Bezirkshauptmannschaft die deutschen Demonstranten wegen Abzuges der Nacht am Rhein verhaften.

Rotterdam, 24. September. (S. L. B.) In Zumben beruht im Auftrag einer holländischen Reederei eine Rechtsanwaltschaft das Schwere Unterseeboot „Evalen“ wegen Kontraktbruchs mit Beschlag legen zu lassen. Der Rechtsanwalt behauptete, daß das Unterseeboot kein völlig ausgerüstetes schwedisches Kriegsschiff sei, und daß der Kommandant das Schlepptau östlicher Welle gelahmt habe. Der Kommandant verjagte den Rechtsanwalt und Gerichtsbeamten von Bord und reiste nach Haag, um dort die schwedische Gesandtschaft von dem Sachverhalt in Kenntnis zu setzen. Inzwischen erfuhr der Rechtsanwalt, daß das Schiff tatsächlich ein schwedisches Kriegsschiff ist und sogar von der holländischen Regierung die Erlaubnis besitzt, holländische Häfen anzulassen. Er richtete nun an den holländischen Minister des Meeres eine längere Depesche, in der er den Sachverhalt mitteilte und ausführte, er habe sich geirrt. Ferner hat er den Kommandanten der „Evalen“ um Entschuldigung, welche dieser zwar für sich persönlich, aber nicht für die schwedische Regierung annahm.

Veranstaltungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Freitag, den 24. September: Rühle-Vortrag im großen Saale. Gewerkschaftshaus. Abends 7 1/2 Uhr: Versammlung im Zimmer 2. Tagesordnung: Die Antwort der Behörden auf unsere Forderungen. Samstag, den 25. September: Gefangenenverein der Gutmacher. Stiftungsfest im großen Saale. Buchbinderei. Versammlung im Zimmer 2. Kupferstecherei. Versammlung im Zimmer 2.

Selbstverhandlung. Eine Episode von dem schifflichen Wandern erzählt die „Chemn. Anz. Bl.“ wie folgt: Bei den Wandern legte sich der Kaiser, der ein Freund von Melitta ist, in der Nähe von Hainichen an die Spitze seiner Kämmerer, Kutscher und mit ihm vom Generalobersten Erbprinzen von Sachsen-Weimingen geführte Kutsche auf eine feindliche Maschinenabwehrabteilung wurde dabei gefangen genommen. Somit bleibt es zwar immer, daß eine Melittabteilung und sie noch so groß, von den jetzt bestehenden Maschinen in Grund und Boden gebrochen wird — aber diesmal kam es anders. Die Erstwahl im Reichstagswahlkreis Landberg a. O. ist dem „Berl. Tagebl.“ zufolge jetzt amtlich auf den 12. November festgelegt worden. — Die Gallener warten noch immer auf die Aufhebung ihres Wahltermins.

Ausland.

Der Kampf um das Reformbudget in England.

Die Antwort auf Lord Roseberys Glasgower Rede gab der Ministerpräsident Asquith in einer Kammersitzung von 3000 Mann in Gegenwart von 9000 Mann in Gegenwart von 80 Ministern und Abgeordneten in Birmingham. Er widerlegte die Behauptung, daß die Wandbewegung einen mächtigen Schritt zum Sozialismus, dem Ende aller Dinge, barstelle, durch Einführung der großen liberalen Nationalökonomien und Staatsmänner, von Adam Smith bis Gladstone und — dem liberalen Ministerpräsidenten Rosebery von 1894, die alle den besonderen Charakter des Einkommens aus Grundbesitz und deren besondere Eignung zur Sonderbesteuerung behaupten. Die Einkommensreform konnte er dadurch nachweisen, daß dieser einen Hauptteil seiner Widerlegung der Gefahr der Wertzuwachssteuer für den Ackerbau getrieben hatte, während doch die Vorlage den landwirtschaftlich künftigen Boden von der Steuer ausnimmt. Es ist ja gerade das Kennzeichen der Lage, daß die Bodenpreise in England, mit deren Interessen der „Historische Adel“, dessen „Glanz“ gütigsteils gerade auf solcher Ausnutzung des Bedarfs der Gesellschaft zu wucherischen Aufschlägen auf die Bodenpreise beruht, sich eng verknüpft hat. Dem Oberhaus, das nach Schwanke zwischen dem Saß gegen die neuen Steuergrundzüge und der Angst vor dem Konflikt mit der Demokratie, erklärte Asquith, nie werde ein Eingriff der Lords in das von jeder geachtete Einkommensreformrecht des Unterhauses in Finanzfragen geduldet werden. Die Verwerfung oder Abänderung des Budgets bedeute die größte Revolution seit Cromwells Tagen. Den Konflikt erwarte er ohne Furcht. Wir sind nicht nur vorbereitet. Wir brennen darauf. In Cromwells (Südenland) hielt der Präsident der Freirei, Wm. Walker Long, eine Versammlung gegen das Budget vor 600 geladenen Personen ab. Doppelt soviel, die verschlossene Türen fanden, versammelten sich im Freier und beschloßen Resolutionen gegen diese Behandlung und zugunsten des Budgets, die sie der Versammlung durch Telegramm mitteilten.

Die Kundendemonstration in Glasgow, an der sich 100.000 Menschen beteiligten, darunter die Gewerkschaften und Genossenschaften, wies mannigfache charakteristische Züge auf. Außer dem wappengeschmückten Saß mit der Herzogskrone und der Inschrift „Grundherrentum“, der nach der Demonstration verbrannt wurde, sah man einen Leeren Blumenkranz mit der Aufschrift: „Ich habe nicht toltes Land, um diesen Topf zu füllen“, ferner einen Wagen mit Alterrentempfängern und der Aufschrift: „Wir freuen uns unserer Pension“ (die von der gegenwärtigen Regierung eingeführt worden ist und in Höhe von 5.10 Mark alljährlich ohne Beitragspflicht der Arbeiter gewährt wird) etc. Von 11 Rednerbüchsen wurden Reden zugunsten des Budgets gehalten. Alles zeigt, wie ungeheuer darin populär die Reformbewegung im Lande ist. Es ist die größte politische Bewegung seit dem Kampf um die Reformbill und der Charistienbewegung in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Der Umsturz zeigt sich namentlich, daß die Reformbewegung diesmal keine Oppositionsbewegung ist. Die Regierung geht den Massen voran, bekämpft nur von der ohnmächtigen Wut eines Häufchens privilegierter Ausbeuter. — Welch ein Bild für Deutsche!

Das neue Budget in Frankreich.

Das neue Budget in Frankreich, das Finanzminister Cochery ausgearbeitet hat, weist ein Defizit von 200 Mill. Franks auf; die Budgetkommission rechnet noch einige Millionen mehr heraus. Die Armee erfordert 825, die Marine 337,5 und die Kolonialpolitik 100 Millionen, zusammen 1262,5 Millionen (1025 Mill. Mark) = 34 Prozent der Gesamtausgaben. Zur Deckung werden Verbrauchs- und Erbschaftsteuerzuschläge gefordert. Genosse Jaurès verlangt, daß die Regierung die Gelegenheit zu einer großzügigen Reform des Steuerrechts nach englischem Muster benutze. Er verwahrt sich gegen die Stillschließung, gegen die Erhöhung der Alkoholsteuer, die zu Devisenverlusten führen müsse, und gegen die Erhöhung der Tabakfabrikationssteuer durch die Monopolverwaltung. Er fordert Erleichterung der Einkommensteuer durch den Senat, Einführung von Alkohol- und Versicherungsmonopolen, die zugleich der Sanierung der Finanzen und sozialpolitischen Zwecke dienen sollen. Mit Ausfallsmitteln und Steuererhöbungen, die dem alten System entstammen, die Fehler des Budgets ausfüllen wollen, das heißt, die Gelegenheiten dreifachen, die Kammer zu einer großen und reichen Reformarbeit zu nötigen; das müssen stoppen, auf dem der Senat weiterschreiten kann. Die Stunde ist für Frankreich gekommen, in einer geschickten Reformaktion die Entschiedenheit und wackere Entschlossenheit zu zeigen, die zu dieser Stunde die englische Demokratie bewährt.

Die Wünderung Marokkos.

Ein Herr Alfred Mannemann (Bonn) hat in der Umgebung Casablancas im ganzen 100.000 Morgen Acker- und Weidenland gekauft, deren Bewirtschaftung im nächsten Jahre nach amerikanischem System vorgenommen werden soll. Mannemann ist dadurch der am meisten Landbesitzer in Marokko geworden. Herr Reinhard Mannemann, Vorsitzender des Deutschen Marokko-Komitees, befindet sich als Gast des Sultans mit zwei Angestellten in Fez, um mit dem Sultan wegen Verwertung seiner Minen-Konzessionen zu unterhandeln. — Die deutsche Post ist zwischen Casablanca und Rabat herabfallen worden. Größere Verstärkungen sind bisher nicht als fehlend gemeldet. Von Kriegsgefangenen liegen folgende Meldungen vor: Bei der Einnahme von El-Had, dem Hauptmarktplatz des West-Sitargebietes, waren 14.000 Spanier in Aktion, ohne jedoch mit den Kisten zusammenzufallen. Der Feind, der anscheinend durch das Treiben am Anfang der Woche geschwächt war, ließ die Vorteile des ihm sehr günstigen Geländes gänzlich unbenutzt. Die Kisten griffen erst die bereits okkupierte Ortschaft an, wobei sie mit schweren Verlusten zurückgeschlagen wurden. Auf spanischer Seite gab es zwei Tote und zehn Verwundete. Nachdem nunmehr alle dominierenden Höhen der Salinfel-Reservat besetzt sind, gilt das West-Sitargebiet sowie das Fezgebiet als besungen. In Anbetracht des Umstandes, daß außerdem die Brigade San Martin gegenüber Rabat, die Brigade Droz gegenüber Salinfel, sind entscheidende Operationen unmittelbar zu erwarten.

Die Wäuren des Stammes der Frajama haben sich untermworfen, nachdem die Division Sotomayor ihnen erste Verluste beigebracht hatte. Auf Seiten des Feindes wurden 140 getötet. Die Besetzung dauerte den gestrigen Tag auf der ganzen linken Flanke fort.

Ein neuerer Schüler. Der Abgeordnete Graf Sternberg hat an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses ein Schreiben gerichtet, in dem er unter Hinweis darauf, daß durch den Spruch des Obergerichtes des ersten Landwehr-Infanterie-Regiments seine Ehrenhaftigkeit vollkommen außer Zweifel gestellt sei, Kaiser Franz Josef wegen seiner Angriffe auf den Kaiser und Verletzung der Ehre und die Integrität widerrief. Graf Sternberg widerrief das weitere seine Angriffe auf den Erzherrzog Maximilian, die Armee, die Generale, die Minister, die Journalisten, die hohen Beamten und die Abgeordneten, soweit die Angriffe nicht den Charakter der Kritik getragen haben. Er spricht hierüber sein tiefstes Bedauern aus. Gibt's denn überhaupt noch Menschen, die der Monsieur Sternberg nicht beliebt hätte.

Noch ein milder König? Die Zeitung „Die Maas“, die im allgemeinen über die Vorgänge am belgischen Hofe am unterrichtet ist, behauptet aus sicherer Quelle erfahren zu haben, daß König Leopold II. sich mit der Absicht trage, die Krone niederzulegen und den Kronprinzen Albert als Nachfolger zur Herrschaft kommen zu lassen.

Kolonialgrenzen überall. Die Londoner Wochenschrift „Truth“ veröffentlicht einen Bericht über die Verubian Amazon Co., der schwere Anschuldigungen gegen diese englische Gesellschaft enthält, die die Gummianzucht in Südamerika betreibt. Das Blatt nennt den Distrikt, der von der genannten Gesellschaft ausgebeutet wird, ein Teufelsparadies und ein englisches Kongo. Die Indianer werden von den Beamten der Gesellschaft an Zwangsarbeiten angehalten, die grauenvoller sind als die Negersklaverei im Kongostaat von der Congo Reform Association geschilbert wird. Die armen Indianer müssen Tag und Nacht arbeiten, erhalten keine Bezahlung und werden nur ungenügend ernährt. Ihr Eigentum wird geraubt, ihre Frauen werden mißbraucht und, wenn sie sich weigern, den Beamten zu Willen zu sein, in der fürchterlichsten Weise gefoltert und verprügelt. Die Anschuldigungen gegen die Gesellschaft sind bisher unumwiderrprochen geblieben.

Die auf Profitsucht gegründete Kolonialpolitik des Kapitals ist ohne Grausamkeiten und Vergeßlichkeit nicht möglich. Überall zeigt die Ausbeutung von Land und Volk dieselben Brutalitäten.

Republikanische Bewegung in Spanien. Die republikanischen Volksvertreter traten zusammen und beschloßen, einen Aufruf zum Zusammenschluß aller demokratischen Elemente der Nation von den Liberalen bis zu den Sozialdemokraten, um durch Entschaffung einer tiefgehenden Volksbewegung die Wiederherstellung der aufgehobenen Verfassungsverträge, sowie die sofortige Einberufung der Cortes zu erwirken. Die sozialistische Arbeiterpartei erklärt gleichzeitig ein Manifest, in dem sie die radikale Unterstützung der bürgerlichen Republikaner zwecks Niederwerfung der gegenwärtigen Regierung verspricht.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 24. September.

* Letzter Rühle-Vortrag über die „Grundzüge des Wirtschaftens“ heute Freitag Abend 8 Uhr im Saale des Gewerkschaftshauses. Alle Teilnehmer des Kursus werden um ihr Erscheinen ersucht.

* Die geschäftsfreie Sonntage 1910. Der Ausschuss des Kaufmannsgerichts zu Breslau beschloß in seiner am Donnerstag unter dem Vorsitz des Gewerkschaftsrichters Dr. Bracklein abgehaltenen Sitzung, daß der letzte Sonntag vor Wintereinbruch und vor Ostern zu freier, der folgende Sonntag vor Wintereinbruch aber beibehalten sei, feiner wurde die Zahl der Ausnahmetage mit 10 Uhr-Adenschluß von 19 im Jahre 1909 auf 15 im Jahre 1910 herabgesetzt.

* Deutscher Metallarbeiter-Verband. Am Sonntag, den 26. d. M., Vormittags 10 1/2 Uhr findet im Lokale des Herrn Barocke in Schwiedel eine Versammlung für die Kollegen in Maria-Böden, Gaudau, Groß- und Klein-Wachern, Schwiedel und Neufeld statt. Auf der Tagesordnung stehen Vorkauffragen und andere wichtige Dinge. Deshalb ist das Erscheinen aller Kollegen notwendig.

* Eine Branchenversammlung für Klempner und andere in Kleinereien beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen findet Sonntag, den 26. September cr., Vormittags 10 1/2 Uhr im Restaurant zum „Schwarzen Adler“, Bismarckstraße 21, statt. Tagesordnung: Vortrag über: Die wichtigsten Bestimmungen des Statuts, Berichterstatter des Gesellenausschusses und Branchenangelegenheiten. Da die vorige Versammlung der Kassaleiter wegen Ausfalls nicht, wird mit Bestimmtheit ein reger Besuch der Kollegen erwartet.

* Zur nächsten Volksvorstellung des Sozialdemokratischen Vereins am kommenden Sonntag sind noch Eintrittskarten zum Preise von 10, 20, 50, 60 und 70 Pf. zu haben. Wir machen zugleich darauf aufmerksam, daß diese Vorstellung vorläufig nicht als Wiederholung in Aussicht genommen ist.

* Den Tod durch Gasvergiftung hat am 23. d. M. Morgens in der Straße ein Wünderer 61-jähriger Baugewerkschaftsmann gefunden. Er litt seit langem an Schmerzen, hat sich vor seiner Frau und seinem Kinde in einem Bohrerarm eingeschlossen und durch Öffnen des Bohrerarmes seinem Leben ein Ende gemacht. Er ist durch Verunglückung in einer Fabrik in Schwiedel ein Arbeiter von dort, der von Brethern überführt wurde und schwere Verletzungen erlitt, an denen er im Darmvergeigen Verstorbenen am 22. d. M. verstorben ist.

* Mordfall. Der Handelsmann Gustav Ruffke wurde am 23. d. M., Nachmittags, auf dem Hauptbahnhof von einem Blutsturz befallen und starb auf dem Wege zum Hospital, wohin man ihn mittels Droschke schaffen wollte. Der 52-jährige Mann, Weidenburgerstraße 28 wohnhaft, hinterläßt eine Frau und eine erwachsene Tochter.

* Verlaunenes Kind. Am 21. d. M., Nachmittags 3 Uhr, wurde auf dem Domplatz ein zweiähriger Knabe ansichtslos angetroffen und in der Familie des Schneidermeisters Müller, Scheinergasse 44, untergebracht. Der Knabe ist hellblond, hat trüble Augen und war mit weißer Pöse und blau- und weißgestreifter Bluse bekleidet.

* Schwerer Zusammenstoß. Auf dem Schwiedelner Stadtgraben prallten am 21. d. M. ein Rollwagen und ein Viehtransportwagen in der Weise zusammen, daß der Kutscher des Rollwagens vom Boche auf die Straße geschleudert wurde und einige Zeit betäubungslos liegen blieb. Das Pferd hatte sich vom Wagen befreit und lief bis zum Berlinerplatz und von hier wieder zurück auf den Ring und die Albrechtsstraße entlang. Auf der Straße konnte es aufgehalten werden.

* Gestunden wurden: Ein 4rdriger Niederleitenwagen, 2 hantelgestreifte Oberbenden, 2 Schlüssel, 1 Pompadour mit Inhalt, 1 Straßenbahn-Abonnementskarte, ein Karton mit Inhalt, anscheinend einem Reservisten gehörend.

Wasserstandsberichte der Ober.

Table with 10 columns: Station, Pegel, Wasserstand, etc. Data includes stations like Pegel in Werra, Pegel in Elbe, etc.

24. Deutscher Protestantentag.

Bremen, 22. September 1909.

Der Deutsche Protestantentag trat heute Vormittag im Künstlerverein zum 24. Deutschen Protestantentag unter starker Beteiligung von Delegierten aus Deutschland und auch aus den Niederlanden zusammen. Reichstagsabgeordneter Schröder eröffnete den Protestantentag mit einem Dank vor allem auch an die Bremer Behörden. Nicht überall finden wir auch bei den Behörden eine solche Sympathie, wie hier in Bremen, wo die freie Stadt auf dem Standpunkt eines freien Christentums steht. (Lebhafte Beifälle.)

Pastor Ende-Bremen begrüßte hierauf den Protestantentag im Namen des Bremer Hauptvereins. Nach dem, was in sonderbaren und orthodoxen Mäthern geschehen hat, wird mancher Superintendent zu einem reiflichen jungen Geistlichen gesagt haben:

Mein Sohn, ich würde nicht nach Bremen gehen.

In Bremen wirst du Schaben nehmen an Deiner Seele. (Gelächter.) Die transitorische Welt ist es die Heimat der Kirche und heute ist es dieses Ehrennamens verlustig gegangen. Aber wir bedauern das nicht. So lange man unter Kirche das Rom nachgehämte hierarchische Gebilde versteht, das weder leben noch sterben kann, so lange wird es unser Vergelt sein, für den abgelegten alten Namen einen neuen Namen zu gewinnen. Bremen, die Verberge der Freiheit! Die protestantische Freiheit wollen wir in allen ihren Konsequenzen aufrechterhalten. (Lebhafte Beifälle.) Wir wollen kein Rebergericht, weil wir an den göttlichen Segen der Freiheit glauben, da wir glauben, daß die protestantische Freiheit eben die protestantische Frömmigkeit ist. (Lebhafte Beifälle.) Wir wollen keine Rebergerichte, wie die Pflanze da draußen Luft und Licht. (Lebhafte Beifälle.)

Wir glauben auch an die göttliche Kraft der Wahrheit.

Wahrheit ist, wird bestehen trotz aller Rebergerichte. Die Wahrheit besorgt die Disziplinierung von Freilebenden besser als jedes Konfessionarium und jeder Oberkirchenrat. Aus diesen Gründen wollen wir hier in Bremen eine Verberge der protestantischen Freiheit sein und bleiben. Unser Bremen ist in Freiheit, oder Bremen ist nicht! (Lebhafte Beifälle.)

Im Namen des holländischen Protestantentages sprach Pfarrer Wachhof: Wir in Holland haben Kämpfe nicht nur zu bestehen nach außen, sondern es bestehen bei uns auch Kämpfe im Innern des Protestantismus. Aber wir alle fühlen uns als Mitglieder eines großen Ganzen. Wie harmonisch wie trotz aller Meinungsunterschieden zusammen arbeiten, mögen Sie daraus ersehen, daß wir

einen sozialdemokratischen Pfarrer als Vertreter

hier nach Bremen entsandt haben. (Lebhafte Beifälle.)

Hierauf erstattete Reichstagsabgeordneter Schröder den Tätigkeitsbericht für die beiden letzten Jahre. In kürzester Zeit wird unser Protestantentag 50 Jahre alt. Da ist die Frage berechtigt, was wir erreicht haben. Man wird uns vorhalten: Ihr sagt heute noch, daß die Orthodoxie eine so große Macht hat. Aber es handelt sich nicht um nahe erreichbare Dinge für uns, sondern darum, eine neue Weltanschauung in der Welt vorwärts zu bringen, und das dauert lange. Wenn wir heute darüber klagen, daß mancher von uns in seiner freien Entwicklung gehindert wird, so müssen wir daran denken, daß die Zeiten, in denen der Protestantentag gegründet wurde, gegen heute ganz verschieden waren. Damals erkaufte mit der religiösen Freiheit zugleich die politische Freiheit. Selber ist das, was damals erreicht wurde, nicht so ausgeführt worden, wie es gedacht war. Wir haben ja in Deutschland das Unglück, daß nach einer großen fortschrittlichen Bewegung regelmäßig eine Abflauung und oft geradezu das Gegenteil folgt. So war es auch hier. Die religiöse Freiheit hängt aufs engste zusammen mit der politischen Freiheit und dem Kampf gegen die katholische Kirche. In den letzten 20 bis 30 Jahren hat sich noch eines vollzogen. In immer größerer Ausdehnung hat die Wissenschaft nicht allein auf religiösem Gebiet gewirkt, sondern auch sich demüht, das, was sie erkannt hat, den besten Kreisen zugänglich zu machen. Wir sind dahin gekommen, daß jetzt bei sehr vielen bereits die Überzeugung vorhanden ist, daß etwas Neues kommen muß. Was noch nötig ist, ist der Entschluß zur Tat, und diesen Entschluß wagt zu rufen, ist Sache unserer Freunde. (Lebhafte Beifälle.) Auch die letzten Jahre haben uns lebhafteste Kämpfe gebracht. Unsere Freunde Traub und Jaffa sind seit langer Zeit den heftigsten Anfeindungen ausgesetzt.

Gegen Traub ist jüngst eine Anordnung erlassen worden, wenn er sich nicht endlich bessert, würden strengere Maßregeln gegen ihn ergriffen werden. (Gelächter.) Aber warum geht man nicht mit strengeren Maßregeln vor? Weil man weiß, daß hinter diesen Pastoren ihre Gemeinden stehen! (Sehr richtig!) Es ist sicher, daß, wenn man beide Männer aus ihren Gemeinden entfernen würde, ihre Gemeinden Männer gleicher Art an ihre Stelle setzen würden. (Sehr richtig!) Nun hat man den Ver-

such gemacht, dagegen etwas zu tun. Es war in der preussischen Generalprobe ein Gesetz eingebracht worden, das die Bestimmung enthielt, daß, wenn ein Geistlicher wegen Freileben aus seinem Amte entfernt wird, dann nicht mehr die Gemeinde das Besetzungsrecht haben soll, sondern die Kirche. Das Gesetz aber hatte einen schweren juristischen Fehler, und deshalb konnte es nicht publiziert werden. Es ruht in den Archiven der Generalprobe und wird niemals das Licht der Welt erblicken. Wir müssen dafür sorgen, daß das Gemeindebesetzungsrecht lebendig wird, und wir müssen alle unsere Kräfte anspannen, um unser Ziel zu erreichen. (Lebhafte Beifälle.)

Hierauf erörterte Pfarrer Fischer-Berlin die Frage, was der Protestantentag gegenüber der

Loslösung unseres Volkes von der Kirche

tun könne. Der Redner wendet sich vor allem gegen die Rückständigkeit, die heute im Kirchenregiment herrscht. Besonders in Weltanschauungsfragen sei die Kirche rückständig, und so sei es gekommen, daß die Welt außerhalb sich um die Kirche so gut wie nicht mehr kümmert. Auch die sozialpolitische Rückständigkeit sei auf das Verhängnis zu belächeln. Unser Volk sei nicht antireligiös, sondern nur antiklerikal. Wenn die Kirche vom richtigen Geist wieder erfüllt wird, werde sich auch das Volk wieder um die Kirche bemühen. Eine Trennung von Kirche und Staat hat Redner die lebhaftesten Bedenken. Heute würden die meisten Ausritte aus der Landeskirche aus Oberflächlichkeit vollzogen. Auch die Gegner der Trennung von Kirche und Staat wollten keine Staatskirche in dem Sinne, daß die Kirche dem Staate zu partieren habe. (Lebhafte Beifälle.)

In der Diskussion führte unter anderem Fräulein Bick-Hamburg aus: Pfarrer Fischer hat gemeint, daß die Kirche sich nur mit modernen Tugenden beschäftigen müsse, um an die Gemeinden heranzukommen. Beweis soll die Kirche nicht wegstreben sein. Aber wer soll sich denn mit modernen Dingen in der Kirche beschäftigen? Das kann doch nur der Geistliche tun, und die Geistlichen haben sich mit diesen Problemen nun schon seit Jahrhunderten beschäftigt, ohne daß die Entfremdung des Volkes von der Kirche irgendwie verhindert werden konnte. Ich möchte die Geistlichen daher davor warnen, den modernen großen Fragen zu sehr ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Darüber können sie leicht die einzelne Seele vergessen und die Gemeindeglieder würden uns dann verloren gehen. Worin liegt es denn, daß wir zwar bei fast allen Menschen ankommen, aber so selten die Oberhalt finden? Daran, daß die Leute auf den Kanon zu sehr sich mit den großen Kulturproblemen befassen und die einzelne Seele darüber vergessen. Wir müssen die menschliche Psyche richtiger verstehen lernen. Wo ist der Geistliche, der jeder Zeit imstande und bereit ist, in den großen Städten sich der einzelnen Menschen anzunehmen? Dazu muß Zeit gewonnen werden.

Die Geistlichen müssen auch Zeit haben, in die sozialdemokratischen Versammlungen zu gehen

und dort für ihre Ideen zu wirken. (Lebhafte Beifälle.)

Pastor Jelden-Bremen: Weßhalb hat Hädel eine solche Macht über die Kirche bekommen? Weil die Kirche rückständig war und nicht die Fähigkeit hatte, diesen Menschen organisch in sich aufzunehmen. Eine besondere Veranlassung zu dem Austritt aus der Kirche gibt auch der kolossale Druck, der von den Staatsbehörden ausgeht und auf jeden, der sich von der Kirche lösen will. Dieser Druck zwingt die Menschen, sich taufen zu lassen, und zwar nicht so, wie es ihnen paßt, sondern nach einem bestimmten Dogma, an das niemand mehr glaubt,

auch niemand mehr von uns.

(Widerspruch.) Aber wir sind in der Hauptsache noch eine katholische Kirche. (Erneuter Widerspruch.) Auch wir protestantischen Pfarrer sind sozialpolitisch nicht durchgebildet genug und nicht sozial veranlagt. Denken Sie nur an den Beschluß der hessischen Pfarrer, die ein Tadelvotum über Kroll verhängen, weil er seine Wähler aufgefördert hatte,

in der Stichwahl eventuell für einen Sozialdemokraten

zu stimmen. Auch das sind die Gründe, die das Volk von der Kirche loslösen. Diese Ursache der Loslösung müssen wir beseitigen, und die Ursache ist die Verbindung von Staat und Kirche. Deshalb muß es unsere erste Aufgabe sein, diese Verbindung zu trennen und die Gemeinden sich dann frei entwickeln zu lassen. Von den Wünschen des Pastors Fischer wird vorberhand keiner in Erfüllung gehen. Der Staat wird sofort mit Maßregeln kommen. Es sei denn, daß uns als einziges Mittel die Bildung einer Koalition übrig bliebe und die Verpflichtung, für jeden Fall zu streifen. (Lebhafte Beifälle.)

Graf v. Sodenbrock-Berlin: Es wurde von verächtlichen Seiten mit Recht hervorgehoben, daß der größte Teil des deutschen Volkes religiös-liberal denkt. Aber dieser Satz hat eine bedrohliche Requisite. Warum, wenn dem so ist, die Schwäche des Liberalismus im öffentlichen Leben, in der Religion und in der Politik? Da muß ein Verlagen des Liberalismus vorhanden sein, wenn er nur den Untergrund in der

Bevölkerung hat, nicht die Macht, die in Kirche und Staat zentralisiert. Wie haben wir zu viel einen Liberalismus des Wortes und zu wenig einen Liberalismus der Tat. (Lebhafte Beifälle.) Es wird nicht eher anders werden, als bis Staat und Kirche als solche beseitigt sind. Die Staatskirche als Gemahlin des Staates ist für mich nichts. Gemahlin ist nicht einmal das richtige Wort, die

Dienstmaß des Staates.

(Sehr richtig!) Es ist nicht wahr, was Pastor Fischer sagte, der Austritt erfolge aus Oberflächlichkeit. Es ist vielfach tiefes Gergensbedürfnis, aus dieser Kirche auszutreten. Wenn wir zu besseren religiösen und kirchlichen Zuständen kommen wollen, müssen wir das tun, was uns Frankreich zeigte,

Trennung von Kirche und Staat.

(Beifälle.) Der Franzose macht erst eine Sache, wenn sie notwendig ist, dann fragt er, wie er sie machen soll. (Gelächter.) Wir schreiben erst Generationen hindurch diese Hände darüber. (Sehr richtig!) Selbst Geheimrat Kahl kam bei seiner Rektoratsankündigung im vorigen Jahre bei Behandlung dieser Frage noch zu keinem Entschluß. (Gelächter.) Eine Verbindung von Kirche und Staat ist unmatur und zum Schaden von beiden. (Sehr richtig!) Wir liberale Frauen und Männer müssen diese Frage in die öffentliche Diskussion werfen und wir fordern auch unsere Abgeordneten auf, diese Frage von der Parlamentstribüne herab einmal der Welt zu verlesen, damit sie weiß, was uns Deutschen not tut für unser religiöses Bedürfnis und die Befundung des Staates. In diesem Zusammenhang verlangen wir auch grundsätzliche Erneuerung des religiösen Unterrichts in den Schulen. (Sehr richtig!) Veranlassung zu den Austritten aus der Kirche ist die Empfindung weicher Kreise, daß der Staat die Bürger nun auch noch

religiös bevormunden und knechten will.

(Lebhafte Beifälle.) Pastor Waser (Zürich): Bei uns in der Schweiz nehmen gerade die Arbeiterklasse lebhaftesten Anteil an der Kirche. Als neulich die freidenkerliche Agitation einsetzte, war es ein sozialdemokratischer Pfarrer, der den freidenkerlichen Redner in der Diskussion geradezu tothamte. Das kommt daher, weil bei uns die Kirche in enger Fühlung mit der Arbeiterklasse steht. Wenn allerdings in Deutschland ein Pfarrer in einer sozialdemokratischen Versammlung auftritt und

einer seiner früheren Konfirmanden

bliebe ihm entgegen, wie oft er scharfe Ausdrücke gegen sozialdemokratische Arbeiter gebraucht, dann ist der Pastor in dieser Versammlung einfach gelächert. (Sehr richtig!) Wir in der Schweiz sind nicht bange vor dem roten Luch, deshalb sollten auch Sie die Dürststelle aufgeben. Wenn Sie dann noch die Kirche vom Staate trennen, ist die ganze Loslösung des Volkes von der Kirche beendet. (Beifälle.)

Pfarrer Wachhof-Holland: Bei uns ist Kirche und Staat völlig getrennt, wir befinden uns dabei ganz wohl. Sollte das Staatschristentum wieder eingeführt werden, dann würden wir den Einfluß auf die breiten Massen verlieren. (Lebhafte Beifälle.)

Damit schloß die Aussprache. Es fanden dann zwei Resolutionen Annahme; die erste erbat den Oberkirchenrat um Ablehnung der Vorlage, die Beschlüsse nicht mehr als Disziplinargeschäfte behandeln, sondern einem ständigen Gerichtshof unterbreiten will. Die zweite Resolution gibt der Überzeugung der Versammlung Ausdruck, daß der obligatorische Gebrauch des apostolischen Glaubensbekenntnisses bei Gottesdienst, Taufe und Konfirmation beseitigt werde. Dieses Obligatorium bedeute für viele Gemeindeglieder eine arge Gewissensbeängstigung und bringe manche Geistliche in den Verdacht der Unwahrhaftigkeit.

Die bürgerliche Presse

und unser Parteitag.

„National-Zeitung“: „Der ‚Vorwärts‘ ist von dem Verlauf der Tagung befreit, das besagt, daß die Mitglieder des Zentralorgans jetzt mehr als je maßgebend sind, genug — und für den Augenblick alles. Denn er läßt seinem Urteil gleich den Sach folgen, in dem wir das Gesamtergebn aller Reden der Radikalen und Reformisten zu sehen haben: „Der Sozialisten auf die Mauerung der Sozialdemokratie ist eine bittere Enttäuschung bereitet worden.“ ... Der „Vorwärts“ hat hier ein nicht nur sehr schmeichelndes, sondern in der Tat sehr respektvolles Wort gesprochen. Die Mauerungsallusionen innerhalb der bürgerlichen Parteien, die schon Jubelstimmungen über den angeblichen Sieg der Reformisten angestimmt haben, werden um dieses Wort nicht herumkommen, das ihnen, wie auf dem Parteitage schon vorabnehmend geduldet wurde, „das Konzept verhandelt hat“. Die Fanatiker der Mauerungstheorie in den links-liberalen und freisinnig-demokratischen Kreisen sind durch den Verkauf des Parteitage in ihrer Überzeugung gestiftet worden, daß die Sozialdemokratie sich jetzt im Gegenwartsstaate möglichst wohlthätig einrichten wolle und deshalb als angenehmer

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Die Trockenlegung der Zuidsee. Seit vielen Jahren schon geht man in Holland mit dem Plan um, aus der letzten Zuidsee eine fruchtbarere neue Provinz zu schaffen. Es hat langer Verhandlungen sowohl mit den Technikern wie mit der Volksvertretung bedurft, um zu der Feststellung eines annehmbaren Entwurfes zu gelangen. Dieser ist der zweiten Kammer der holländischen Generalstaaten vorgelegt worden und wird nunmehr zur Ausführung gebracht. Es ist ein gigantisches technisches Unternehmen, das da ins Werk gesetzt wird. Der größte Teil der jetzt offenen Zuidsee wird durch zwei Dämme von der Nordsee abgeschlossen werden, die eine Länge von 40 Kilometern, eine Höhe von 5½ Metern und am Rand eine Breite von zwei Metern aufweisen sollen. Das durch sie vom Weltmeere abgeschlossene Stück der Zuidsee ist etwa 4800 Quadratkilometer groß, jedoch wird der Wasserpiegel durch die Herstellung von vier Volken (Marshallen), die sofort der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung unterworfen werden sollen, auf ungefähr 1400 Quadratkilometer reduziert. Es ist noch fraglich, ob nach Herstellung der beiden Dämme die Trockenlegung der Zuidsee so leicht im ganzen Umfang oder nur nach und nach erfolgen wird, jedenfalls sollen die Fischer, die durch die Trockenlegung ihre Einnahmen verlieren, eine Entschädigung dadurch erhalten, daß ihnen der Fischfang auf der Nordsee von der holländischen Regierung gestattet wird. Für die Fertigstellung dieses riesigen Unternehmens sind 23 Jahre und eine Summe von 221 Millionen Mark vorgesehen.

Das Schicksal des Hamburger Heine-Denkmal, das der Senat der freien Hansestadt ablehnen zu müssen glaubte, wird, wie man aus Hamburg schreibt, schon in der aller nächsten Zeit entschieden sein. Man beschließt, das Heinrich Heine-Denkmal an privater Stätte aufzustellen. Am meisten Aussicht scheint der Vorgarten des Heine-Stifts zu haben, hier, am Volkswall würde Heinrich Heine einen würdigen Platz haben. Aber auch der Wegker des Denkmal, Verlagbuchhändler Campe, hat die Idee, das Denkmal auf seiner Besitzung an der Elbe unterzubringen, noch nicht aufgegeben.

Ein neues Revolutionsmuseum wird in Paris errichtet werden, und zwar im Saal der Girondisten in der Conciergerie,

dem berühmten Gefängnis, das so viele Opfer der großen Umwälzung beherbergt hat. Der Saal in dem alten Gebäude, von dem einzelne Teile bis auf Ludwig den Heiligen zurückzuführen und dessen Räume zum Teil als Katakomben der Seine-Präkturen dienen, war unter der Restauration als Säbnelapelle eingerichtet worden. Das Museum wird Gegenstände, die den berühmten Gefangenen der Conciergerie gehört haben, sowie von ihnen herabgehende oder auf sie bezügliche Dokumente vereinigen, wie den Faustentwurf des gefangenen Marie Antoinette, die Delapante ihrer Helle, die Gewänder, die sie bei der Hinrichtung trug, aber auch Erinnerungen an die Girondisten und an die Opfer der Thermidor. Das neue Museum wird also eine an einer stimmungsvollen historischen Stätte untergebrachte Ergänzung der an revolutionären Erinnerungen so reichen städtischen Sammlung des Musée Carnavalet bilden.

Aus aller Welt.

Die Katze fliegt. Donnerstag Vormittag hat der französische Aviatiker Hubert Latnam auf dem Tempelhof Feld bei Berlin, nachdem sein erster Versuch mißglückt, sein Debüt absolviert. Für die kleine Luftschiffahrt, die sich neben den Paraglideren um den Gangar Latnams angelammelt hatte, war der kühnere, aber hübsche Flug Latnams ein unerwarteter Genuß. Kurz nach 10 Uhr wurde der Aeroplan aus der Halle gezogen, und Latnam unterfuch, durch das erste Mißgeschick, aufs genaueste die Steuerung und den Motor. Der kleine Schwarm seiner Konstante, deren blaue Flügel und Hosen sich vom gelben Mast abhoben, hantierte an den Tragflächen und zog die Drahtverpannungen fest, die die großen Schwingen des riesigen Vogelschiffes regieren sollen. Um 11½ Uhr kehrte Latnam in den stürmischen Leib seines Vogels. Die kleine Menge drängte sich dicht um den Flugapparat, sobald der Wauager des Franzosen, Ingenieur Rosenbaum, alle Maße hatte, um bei ein mit den Dienen der Postage-Kaufhauses die Neugierigen zurückzubringen. Latnam ist jetzt am Saalrad. Der Antoinettenmotor pufft und rattert; der zweifelhafte Propeller am Inventionen auslaufenden Bug des Vogelschiffes rurt und durchschneidet die Luft. Ein kurzes Kommandowort La hams, die Motoren schrieben den Apparat auf seinen kleinen Summträdern in wenig vorwärts — und los geht die Heiß im Luftmeer. Der

Staat des kaiserlichen Aeroplane vollzieht sich ein wenig langsam als der des Wright-Apparats; dafür aber desto hübscher, spannenber und ansehnlicher. Flank, sechs Meter läuft der große Vogel auf seinen beiden Rädern; dann hebt er sich langsam, in einer eleganten Kurve in die Höhe, und sobald Latnam fest in den Latten befindet, legt er das kopfenartig am Kiel wippende Höhensteuer in Tätigkeit. Sofort schneilt sein Aeroplan hoch. Heute Vormittag flieg Latnam zu einer Höhe von etwa 30—40 Meter auf. Er beschrieb über dem Fluglande einen großen und einen kleinen Kreis in etwa 5 Minuten. Trotz des böigen, etwa 6—8 Meter starken Windes durchschnitt der Meisevogel, der im Luftmeer wehr als der Wright-Apparat den Einbruch des Fliegens hervorruft, die Luft. Die Landung vollzog sich alt und fast etwa 30 Meter von der Halle entfernt. Einige höhere Offiziere wohnten der gelungenen Generalprobe des Einbrechers bei. Heute Nachmittag 4 Uhr begannen die offiziellen Flüge.

Geschiehe des „Parfival IV“. Bei der zweiten Probefahrt in Hiltersfeld erlitt der „Parfival IV“ schweren Beschädigungen. Die Landung geschah unter großen Schwierigkeiten im freien Felde bei Hiltersfeld. Die Anwesenheit des „Parfival IV“ in Hiltersfeld zum Versuch-Weisfliegen ist dadurch in Frage gestellt.

Eine hroliche Geschichte hat sich kürzlich in London zugetragen. Ein Arbeiter aus einer Londoner Vorstadt, dessen Frau ein kleines Schuhmachergeschäft besitzt, war von einem Richter zu einer Geldstrafe von zehn Schilling verurteilt worden, weil er am Sonntag den Boden offen gelassen habe. Der Verurteilte wollte die Strafe sofort bezahlen, und zwar in Fortsetzung, der meisten englischen Münze. Der Gerichtshof lehnte es aber ab, diesen Gulden von Kupfermünzen anzunehmen, und tat dem Arbeiter kund und zu wissen, daß es innerhalb 24 Stunden die Strafe in Silber zu zahlen habe. Der Verurteilte kam nun das Gesetz seines Landes ganz gründlich und erschließen am nächsten Tage mit einem Beschuldigen in der Hand vor dem Richter, um zu beweisen, daß Kupfergeld bis zum Verfall von zwei Pfund Sterling unbedingt angenommen werden müsse. Der Gerichtshof mußte zugucken, daß der Arbeiter recht habe, und erklärte sich bereit, die zehn Schilling in Kupfer anzunehmen. Der Richter hatte jedoch die Rechnung ohne den Wirt

Sturmhauch betraffet werden könne, mit dem man zum eigenen Vorteil freundschaftlichen Verkehr unterhalten müsse...

Berliner Tageblatt (liberal): Daß sich in der Parteistimmung ein voller Umschwung vollzogen hat, das tritt aus der Erklärung des Abgeordneten Bebel hervor...

Vop! (freilos): Aus dem Leipziger Tage der Sozialdemokratie hat sich ein gegenseitiges Versöhnungs-Verständnis...

Kreuzzeitung (kons.): Die Sozialdemokratie bleibt auch unter revisionistischer Herrschaft wie sie war: eine unveränderte Massenpartei, die die Vernichtung der monarchischen Staatsordnung...

Köln. Volkszeitung (Zentrum): So ist die Signatur des Parteitag von Leipzig: der Revisionismus umschließt, der Kapitalismus wird ausgelacht...

Rheinische Westfälische Zeitung (schwarzreaktionär): Die Verhandlungen des oben zu Ende gegangenen sozialdemokratischen Parteitag sind ohne allen Anlaß verlaufen...

Partei-Angelegenheiten.

Der Verein Arbeiterpresse hielt am Sonntag, den 11. September, im Volksbau in Leipzig seine 9. Generalversammlung ab. Den allgemeinen Geschäftsbericht erstattete Genosse Wurm...

nahm dasselbe einen Antrag des Vorstandes an, künftig die Generalversammlungen nur alle zwei Jahre tagen zu lassen. Hierauf kam die Gebaltsregulierung für die Gruppe II der Mitglieder (Mittelklasse in Expedition und Buchhandlung) zur Verhandlung...

Es werden zwei Lohnklassen gebildet, und zwar eine höhere Lohnklasse I und eine niedere Lohnklasse II. Das Lohnausgleich beträgt für die Klasse I 2000 Mark, für die Klasse II 1800 Mark...

Unter 4. Punkt der Tagesordnung: Anträge der Mitglieder, wurde ein Antrag Fabian-Wagdeburg angenommen, wonach der Vorstand beauftragt ist, bis zur nächsten Generalversammlung Arbeitsbedingungen für Arbeiter- und Parteisekretäre auszuarbeiten...

Es lag ferner ein von mehreren Delegierten unterstützter Antrag vor, die Pensionssätze der Unterstützungsvereine um 50 Prozent zu erhöhen unter entsprechender Steigerung der Beiträge...

Die sozialistischen Wochenschriften „Clarion“ und „Kämpfer“ in London enthalten einige zusammenfassende Artikel über den Trade-Unionkongress von Ipswich...

Arbeiterbewegung.

Christliche Phrasenschnitzer. In je 50 Mk. Strafe und zur Tragung der Kosten verurteilte das Amtsgericht Manneberg den Redakteur Bergmann vom Verbandsorgan des christlichen Metallarbeiterverbandes in Duisburg...

Eine gelbe Sozialarbeiterorganisation in Lubmishafen. Anlässlich des Ausstandes der Holzarbeiter und Glaser hat der Vaterländische Verein die Streikbrecher zusammengestellt und mit ihnen eine Sektion der Holzarbeiter und Glaser gegründet...

Gegen die zehnstündige Arbeitszeit der Frauen stränden sich die Unternehmer mit allen Kräften. Wie die „Textil-Woche“ erzählt, haben kürzlich im Reichstag des Innern Vorkämpfer über Erlass von Ausnahmegesetzimmungen gemäß § 139 a der Gewerbeordnung...

Gewerbeordnung (Frauenarbeit in Konfektions- und Putzbetrieben mit Vertreten des Verbandes deutscher Detailgeschäfte der Textilbranche statufesthalten. Es soll aber zweifelhaft erscheinen, ob der Bundesrat überhaupt von der ihm in der Gewerbeordnung angeordneten Befugnis, Ausnahmen für gewisse Saisonbetriebe hinsichtlich der allgemeinen Regelung der Frauenarbeit zu treffen...

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 24. September.

Geschichtskalender.

1555 Abbruch des Augsburger Religionsfriedens. 1797 Der Komponist Donizetti.

Verschleppungs-Taktik.

Eine höchst ungeschickte Methode, untere Vorlagen abzuhängen, hat sich seit Jahr und Tag in der Breslauer Stadtverordneten-Versammlung eingebürgert, die — da sie auch gestern gelbt wurde — einmal öffentlich gerügt zu werden verdient. Es handelt sich um die Wahlen der Stadtverordneten-Wahlbezirke, zur Beratung gestellt wurde. Ohne daß auch nur der geringste Grund dafür bestand, ganz aus einer Laune des Vorstehers heraus, wird eine solche wichtige Sache von einer schwachen Tagesordnung, in der Zeit genug zur Beratung übrig bleibt, auf eine stark besetzte verschoben...

Deutsche Arbeiter! Vergeßt die heldenmütigen Kämpfer Schwedens nicht!

gemacht: der rechtslehrende Arbeiter hätte nämlich das Geheiß noch einmal hervor und wies nach, daß der Gerichtsbescheid Recht mehr habe, den Betrag der Strafe einzufordern, da eine Geldstrafe, deren Annahme einmal verweigert worden sei, nicht mehr gebührt zu werden brauche...

Ein Jammerbild aus der besten aller Welten. Im Inseratenteil der Rostocker Blätter war dieser Tage folgender Aufsatz zu lesen: „Welcher Patriot hat ein Scherlein übrig für die Schicksale, daß völlig erblindete und in bitterer Armut lebende Witwe eines Veteranen des Schleswig-Holsteinischen Feldzuges von 48/49...

Zwei Jahre nachträglich im Gefängnis! Im Wiederholungsverfahren wurde, nachdem er mehr als zwei Jahre ungeschuldig im Gefängnis gesessen, vom Kriegsgericht der 1. Division der 1. Armee ein Urteil gesprochen. Wegen Schornstein...

verweigerung und zweier fälliger Angriffe auf einen Vorgesetzten (Bootsmannsmaat) vor verarmter Mannschaft, ferner wegen Körperverletzung eines Torpedomatrosen und mehrere Vergehen gegen die militärische Disziplin war Dänkel vom Kriegsgericht des Reichslandes der Aufständischen zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden; er behauptete jedoch fortgesetzt, sich der Vorgänge nicht erinnern zu können...

Schicksale eines Böcklinbildes. Nach dem Tode des Genossenschaftlichen Schiller-Genossen, Pokals Julius Drose in Weimar, vermachte die Angehörigen ein Gemälde von Arno Böcklin, das eine Landschaft mit aufgehendem Monde darstellte und im Arbeiterzimmer Droses verblieben an der Wand hingewiesen hatte...

Gemälde in Frankfurt a. M. bei einer Sammlerin beschlagnahmt werden. Als Dieb wurde der Hoftheatersekretär Wilhelm Schönheit in Weimar ermittelt und zu einem Monat Gefängnis von der dortigen Strafkammer verurteilt. Er hatte das Gemälde 1902 aus dem Zimmer des mit ihm befreundeten Hofrats Drose entwendet und für 3000 Mark in Berlin verkauft...

Die Katastrophe im Golf von Mexiko. Der Orkan im Golf von Mexiko hat zahlreiche Verkehrsverbindungen zertrümmert oder unterbrochen. Die Riffenstraße sind von der Außenwelt so gut wie abgeschnitten. Der Dreiecksee soll vollständig gerodet worden sein. Die Städte New-Orleans, dessen Verbindung inzwischen wiederhergestellt worden ist, und Memphis haben eine große Hilfsaktion eingeleitet. Am schwersten haben die Städte Natchez, Biloxi und Pensacola gelitten...

Deitinger erwähnte allerdings nicht, daß das Jahr 1908 auch den Tiefstand der wirtschaftlichen Krise bedeutet und seitdem eine — wenn auch sehr allmähliche — Gesundung des Wirtschaftslebens anhebt. Der Bericht selbst wurde zur Erörterung finanztechnischer Fragen an den Staatsaus- schuß verwiesen.

Von den weiteren Verhandlungspunkten heben wir folgen- des hervor:

Der Ausschuß empfiehlt Genehmigung des Magistratsantrages, wonach die vom dem Silberwarenfabrikanten Lemor vorgeschlagenen Kosten von 16.125 Mk. für die zur Verlegung des Vorflut- kanals in der Grenzstraße gebrauchten Flächen 5 Jahre nach der Abnahme der Wildstraße, am 19. November 1918, zurück- erlassen und in den Etat der Bauverwaltung für 1919 eingestellt werden. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu.

Mit dem Schlossermeister Garst soll ein Vertrag über die Instandhaltung der Uhr in der Königl. Baugewer- und Maschinenbauerschule geschlossen werden. Der Referent, Stadtdr. Riemann, macht einige Bedenken geltend und beantragt Vorberatung der Vorlage im Ausschuß V. Die Versammlung über- weist sie diesem Ausschuß.

Von dem Geschäftsbericht der Breslauer Stra- ßen-Eisenbahn-Gesellschaft nimmt die Versammlung Kenntnis. Danach beträgt der Anteil der Stadtgemeinde am Ge- winn des Jahres 1908 433.188,64 Mk. Im Vorjahre belief sich der Anteil auf 171.619,77 Mk. Diesmal also beträgt der Anteil mehr 261.568,87 Mk.

Die Pensionsberechtigung der nicht fest an- gestellten Turnlehrerinnen soll nach Maßgabe des Lehrpensionsgesetzes auch den nicht fest angestellten Turnlehrerinnen gewährt werden. Die Versammlung beschließt die Genehmigung der Vorlage.

Ein 24 Ar großes Terrain aus dem Rittergut Luzine, Kreis Trebnitz, wird dem evangelischen Gesamtschulver- bande zugunsten für 875 Mk. verkauft.

Der Verkauf von 1100 Altkalatur an die Firma Emil Stern, die ein Angebot von 1760 Mark für Anfang von 23.665 Kilogramm Altkalatur gemacht hat, wird genehmigt. Der Erlös wird der Witwen- und Waisenvereinskasse für städtische Beamten überlassen.

Dem Landesbauinspektor Fr. Miksa in Mühlhausen in gebührige Grundfläche der weißen Vorwerkstraße (Holland-Wiesen) im Flächeninhalt von 1 Dektar 88 Ar 49 Quadratmeter sollen für 45 000 Mk. angekauft werden. Die Vorlage wird an den Ausschuß IV überwiesen.

Gegen eine an die Eigentümerin, Fräulein Anna Kozdey in Dresden-Bismarck vom 1. Oktober ab zu zahlende Rente von 450 Mk. soll das Grundstück Weichhergasse 24 er- worben werden. Die Versammlung beschließt die Annahme der Vorlage.

Von der Eigentümerin, verw. Kaufmann Bertha Saube, soll für 40.000 Mk. das Grundstück Graben 5 und Pöhl- ohle 4 erworben werden. Die Versammlung überweist die Vorlage dem Ausschuß IV.

Teilschlägen von etwa 10.40 Ar aus dem Grundstück der Stellen- besitzer W. Jhmieschen Erben und des Freizeiteibesitzer Sumpff in Cöfel sollen für 1886 bzw. 8500 Mk. angekauft werden. Die Ver- sammlung beschließt die Annahme.

Damit war die öffentliche Sitzung beendet, die Versammlung tagte noch im geheimen weiter.

*** Ueber Reichtum und Armut in Breslau bringt das Amt des Statistischen Amtes sehr wichtige Zah- len.** Darnach wurden im Jahre 1908 bei 512.207 Per- sonen nur 96.478 Staatssteuereinkommensteuerverpflichtete mit 167.147 Angehörigen gezählt, denen 142.306 Personen mit 82.336 Angehörigen gegenüberstehen, die nicht staats- einkommensteuerverpflichtet sind. Also mehr als 142.000 Personen gibt es in unserer Stadt, die keine 900 Mark im Jahre, weniger als 18 Mark in der Woche, verdienen und darum nicht zur Staatssteuereinkommensteuer herangezogen werden. Welche Summe von Not und Sorge, Kummer und Elend drückt sich in diesen Zahlen aus! Noch auf- regender wirkt die Steuer-Statistik, wenn wir uns das ganze steuerpflichtige Einkommen ansehen und wie es sich auf die verschiedenen Steuerstufen verteilt. Das gesamte Einkommen der 96.478 Staatssteuerverpflichtigen beträgt 266.343.925 Mark. Davon kommen auf die beiden ersten Stufen von 900 bis 1200 Mark Jahreseinkommen, die nicht weniger als 35.778 Steuerzahler umfassen, nur 37.143.750 Mark Einkommen überhaupt. Die Stufen von 900 bis 3000 Mark zählen 80.261, also mehr als 83 Pro- zent aller Steuerpflichtigen; sie haben aber von dem Ge- samteinkommen nur rechtlich 43 Prozent, nämlich 114.666.425 Mark. Auf noch nicht 17 Prozent der Steuerzahler kom- men nämlich fast 57 Prozent des Gesamteinkommens. Die gewaltige Summe von 151.677.500 Mark verteilt sich auf nur 16.217 Personen; der reichste von diesen Reichen versteuert ein Jahreseinkommen von 952.500 Mark, also fast eine Million. Im Jahre 1904 hatten wir sogar einen Mann mit 1.370.000 Mark!

Was uns die allgemeine Steuer-Statistik zeigt, wird auch in Breslau bestätigt. Die große Masse darbt und hungert, während wenige Tausende ungeheure Reichtümer zusammenscharren. Kämpfer wir rastlos weiter, damit dieser unerhörte Zustand recht bald ein Ende nimmt.

*** Pfändung fruchtlos verlaufen.** Bei der Deutschen Kranken-Unterstützungskasse (Direktor Ruffien), G. S., mit dem Sitz in Caffel, scheint, wie aus einer Ladung des Vorstandes zum Offen- barungseid hervorgeht, schwere Ebbe eingetreten zu sein. Wie unserem hiesigen Arbeitersekretär von dem Stiefvater des Herrn Direktors Ruffien, dem vereidigten Bücherrevisor Heinrich Weyer, wiederholt versichert wurde, ist Ruffien so überanstrengt, daß er nicht bernehmungsfähig ist. Wir glauben das gern, denn das Herumschlagen mit den „Kassenmardern“, die „wenig zahlen, aber unter allerlei Kniffen möglichst viel herauszuschlagen“ wollen, kann selbst für die stärksten Herren gefährlich werden, zumal auch unter den untergeordneten Kassenorganen nach den Ver- sicherungen des Herrn Weyer manche „Nichtgenanten“ sein sollen. — Trotz alledem finden sich allerorts immer wieder Leute, die sich von Agenten zum Beitritt in solche Kassen überreden lassen, und, was auch vorkommt, sich von selbst als Mitglieder melden. Und schließlich gibt es auch noch Richter, die Redakteure bestrafen, wenn sie solche Kassen als Schwindelkassen bezeichnen.

*** Wichtig für die „Schlesische Zeitung“.** Ungläub- liche Verhältnisse herrschen in der Betriebskranken- kasse Emma, die am 21. d. M. eine Versammlung ab- hielt, um den Dalles in der Kasse zu befestigen. Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Reußner, gab bekannt, daß die Beiträge erhöht und die Familienangehörigen

gen, die bisher freie ärztliche Behandlung und freie Medi- kamente hatten, aus der Kasse ausgeschlossen werden müßten. Als darauf von einem Mitgliede der Vorlagung ge- macht wurde, die Kasse auszulösen und Anschluss an eine leistungsfähige Ortskranken- kasse zu suchen, um den Mitgliedern mehr Nutzen zu können als 10,80 Mark in der ersten Klasse und um ferner endlich höhere Invalditätsmarken zu haben als zu 30 Pfennigen, da auch dies von Nachteil für die Arbeiter sei, erwiderte Herr Reußner, das gehe nicht. Die Kasse habe 5000 Mark Schulden und einen gegenwärtigen Kas- senbestand von 8 Mark. Unter solchen Umständen würde sich keine andere Kasse zur Aufnahme bereit finden. Auch sei es gesetzlich unzulässig, die Kasse auszulösen, da Fabriken mit 500 bis 600 Mitgliedern eine Betriebskranken- kasse haben müßten (11 Seit wann denn?), da das neue Krankentafelgesetz noch nicht in Kraft sei, das die kleinen Kassen verschmälzt. Herr Reußner ließ dann über die Erhöhung der Beiträge abstimmen und niemand stimmte dafür. Herr Reußner erklärte, daß er kein Recht habe, über die Auflösung der Kasse abstim- men zu lassen, und verlagte die Versammlung.

So steht es also aus in einer der so viel gepriesenen Be- triebskranken- kassen. Ueber die finanzielle Lage der Kasse sind die Mitglieder völlig im Unklaren, da sie eine Abrechnung nie zu sehen bekommen und in den Versammlungen sich nichts zu sagen getrauen, aus Furcht, bei nächster Gelegenheit als Heber und Aufhänger entlassen zu werden.

*** „Sie üben wie die Fenzel und Schwindeln aus Prinzip“.** So urteilte der verstorbene Redakteur des bayeri- schen „Vaterland“ Dr. Siegel über seine Mitstreiter vom Zentrum. An diesen Ausdruck erinnert man beim Lesen eines Berichtes im „Hundsfelder Stadtblatt“ über die letzte Sitzung des Katho- lischen Arbeiter-Vereins in Hundsfeld. Bekannt- lich hatte dieser Verein sein Versammlungslokal verlegt, weil sich in dem bisherigen Vereinslokale die Sozialdemokratie eingenistet hatte. Daran hatten wir einige Bemerkungen geäußert, die nun den Präses des Vereins zu einer Replik veranlaßten. Wir lesen darüber in dem genannten Blatte:

Nach der üblichen Eröffnung und Verlesung des Protokolls begrüßte der Herr Präses die Versammlung herzlich im neuen Lokal, dem Münchener Ausdruck gebend, daß die Sitzungen nunmehr wieder recht gut, womöglich noch besser als hieher besucht werden müßten. Einige Angriffe der „Vollmacht“, bezüglich unserer Lokalverwaltung, wies der Präses gebührend zurück, ohne näher auf die Einzelheiten, welche in dem „Kein Ton“ der „Vollmacht“ enthalten sind, einzugehen. Nebenbei bemerkt sind wir zu stolz, in dem gleichen Ton darauf zu antworten. Es ist zum Staunen, wenn man sieht, welche geistige Kraft die „Voll- macht“ ihren Lesern vorzusetzen mag; das gehört ohne Zweifel in die sogenannte Schmutz- und Schmutzliteratur, wir wenigstens mühen uns für eine derartige Volksbildung und Aufklärung be- danken und werden auch in Zukunft, ungeachtet der Anempfehlungen derartiger Elemente, wissen, was wir zu tun haben.

Warum magte man denn nicht vor den treuen Schäflein auf die Einzelheiten eingehen? Der Hirt war doch zur Stelle. Ueber die geistige Kraft der „Vollmacht“ wollen wir so kurz nach dem Katholikentage mit einem katholischen Geistlichen nicht streiten, denn gerade diese Tagung hat bewiesen, daß es mit dem Strichmalen ber- jenigen, die die katholischen Massen führen, nicht weit her ist. Ein Lob anderer Velle aus diesen Kreisen wäre für die „Vollmacht“ keine Ehre. Unser Blatt hat in der letzten Zeit besonders in Hund- seld seinen Leserkreis bedeutend erweitert, daher der obige gehässige Anwurf. Diplomatisch verstand es Herr Oberbürgermeister An- ders, vorzugehen, er sagte laut Bericht des „Stadtblatts“:

„Bibliothekar Herr Anders sprach nun über die katholische Presse, bedauerte die geringe Unterstützung derselben und ver- urteilte es aufs schärfste, daß in vielen Familien alles Maßliche und Unmaßliche gelesen werde, nur keine katholische Zeitung. In dieser Beziehung sind uns sogar, leider muß es gesagt werden, die „Genossen“ über; denn es fällt keinem derselben ein, eine andere als ihre Parteizeitung zu lesen. In jedes katholische Haus ge- hört eine katholische Zeitung. Hoffen wir, daß es in Zukunft in dieser Beziehung besser werde.“

Die Lesenden sehen ein, daß auch in Hundsfeld ihr Einfluß sinkt und daß auch dort die Arbeiterschaft zu guter gebiegender Lesart greift.

*** Wie die Unterstützungsgesuche der Tabakarbeiter in Breslau behandelt werden.** Wie wir schon vor einigen Tagen berichteten, haben vor etwa drei Wochen dreißig Zigarrenarbeiter Unterstützungsgesuche beim hiesigen Magistrat eingereicht. Bei 17 Gesuchstellern haben die Bezirksvorsteher auch bereits Er- kundigungen eingezogen, während bei den übrigen 13 Gesuch- stellern noch kein Bezirksvorsteher war. In Frage kommen ein Gesuchsteller, wohnhaft Auguststraße 52, zwei Schützenstraße Nr. 27, vier Neudorfstraße 13, 17b und 25. Im Interesse dieser Gesuchsteller wäre es doch sehr erwünscht, wenn die in Frage kommenden Bezirksvorsteher diese Gesuche auch umgehend erledigen möchten; Zeit wäre es nun endlich.

Von den Gesuchen, über die die Bezirksvorsteher bereits Erkundigungen eingezogen haben, sind nun bereits fünf zur Er- ledigung an die hiesige Zollbehörde weitergegeben worden. Trotz- dem jedem Gesuche eine Bescheinigung der betreffenden Firma beilag über den Verdienst in der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1909, sowie, daß die Arbeitslosigkeit durch das Tabak- steuergesetz verursacht wurde, stellt die Zollbehörde noch weitere Ermittlungen an.

So war vor einigen Tagen ein Beamter der Zollbehörde bei der in Frage kommenden Firma, um Einsicht in die Lohn- bücher zu nehmen, ob die Gesuchsteller auch tatsächlich den Ver- trag verdient haben, den sie im Gesuch angegeben haben. Von dem Jahresverdienst sollen nun noch die Beiträge zur Kranken- kasse und Invaldität abgezogen werden, damit die eventuell zu zahlende Entschädigung nicht zu hoch ausfällt. Weiter wurden dann die fünf Gesuchsteller befragt, ob sie sich auch um andere Arbeit bemüht haben, was diese bejahten und auf unseren An- forderungsnachweis verwiesen. Der Beamte der Zollbehörde kam noch ein drittes Mal zur Firma, um sich nochmals vergewissern zu lassen, daß die Arbeitslosigkeit tatsächlich durch das Inkrafttreten des Tabaksteuergesetzes eingetreten ist. Was nun weiter mit den Ge- suchen werden wird und welche Schwierigkeiten die Behörden noch machen werden, darauf kann man wirklich gespannt sein. Nächstens erhalten die Behörden weitere 1300 Unterstützungsgesuche von den Tabakarbeitern, die wieder feiern müssen infolge der Tabaksteuer.

*** Kommerzienrat Gaase gegen Georg Bernhardt.** Ein Pro- zess, der schon seit dem Jahre 1906 schwebt, kam gestern vor dem Breslauer Schöffengericht zur Verhandlung. Es handelte sich um Angriffe, die der von Bernhardt herausgegebene „Pionier“ im Februar und im Juni 1906 gegen Kommerzienrat Gaase richtete, als dieser gegen seinen Generalvertreter für Berlin, Kaufmann Hölz, das Konkursverfahren beantragte, welcher Antrag von den Gerichten als unzulässig erachtet wurde. Die Verhandlung mußte vertagt werden, da Bernhardt Wiberklage erhob und den Beweis dafür anbot, daß der Kläger sich einer Verabredung des „Pionier“ und damit ebenfalls der Verleumdung schuldig gemacht habe.

Die Schach-Mare

und die deutsch-nationalen Handlungsgesellen.

Die Verwaltungsstelle Breslau des Zentralverbandes der Handlungsgesellen und Gehilfen berief am Donnerstag im Cafe Restaurant eine öffentliche Handlungsgesellen-Versammlung ein, in der der Verbandsvorsitzende Professor Dr. Hamburg über obiges Thema sprach. Die Versammlung war, wie es vorausgesehen wurde, überaus zahlreich besucht, so daß sich der Saal als zu klein erwies. Die Schach-Mare erweckt in den Kreisen der Handlungsgesellen immer noch großes Interesse. Die deutsch-nationalen Gehilfen hatten am Eingange Flugblätter verteilt, daß sie der Versammlung fernbleiben, doch waren deren eine ganze Anzahl angewendet.

Der Referent führte aus, daß die Schach-Angelegenheit als seine innere Angelegenheit des deutsch-nationalen Verbandes angesehen werden kann. Der Triolemann ist Reichstagsabgeordneter und die Sache selbst habe ein öffentliches Interesse, und so dürfe sie auch öffentlich verhandelt werden. Schachs Handlungswelt sei mit den von ihm selbst aufgestellten Grundfragen von Moral und Sitte nicht in Einklang zu bringen, und dafür hat er die volle Verantwortung zu tragen. Ein Mann, der in all seinen Agitationenreden und Agitationsschriften auf die stillen Gefahren der weiblichen Handlungsgesellen hinweist und sie vor jüdische Eheschließungen warnt, der sogar aus diesen Gründen die Frau als für das Handels- gewerbe nicht geeignet erklärt, derselbe Mann entpuppt sich als einer, dessen Tun und Lassen in direktem Widerspruch gegen die Grundfrage von Moral und Sitte steht. Zu der Uebereinstimmung, daß das Treiben ihres Vorstehenden mit seinen Agitationenreden in keiner Weise in Einklang zu bringen ist, sollten doch die Deutsch-Nationalen gekommen sein. Man muß aber erleben, daß sie sich nicht auf seine Seite stellen und bereit behaupten, ihrem Schlichting geschähe großes Unrecht. Durch die so große anstrengende parlamentarische Tätigkeit sei kein Gemüt überreizt gewesen, daß er nicht Herr seiner Sinne war. Das aber erschien ungläublich, da er noch im August, als schon die Staatsanwalt- schaft sich mit der unabweislichen Sache befaßt hatte, noch im Verbandsorgan Artikel schrieb, die sich mit seiner Stellungnahme zur Finanzreform befaßten, und in welchen er seine ablehnende Hal- tung zur Erbschaftsteuer verteidigte. Die Reichstagsarbeiten können sonach seine Gesundheit nicht in dem Grade geschädigt haben, daß er unbewußt seinen erotischen Neigungen nachgegeben wäre. Man muß aber auch ein Mittel haben, um den Mitgliedern vor- zukaufen zu können, daß es nur seine grimmigsten Feinde sind, die ihn unerschöpflich machen wollen.

Referent schilderte alsdann in eingehender Weise die Kampfes- weise des deutsch-nationalen Handlungsgesellenvereins. Diesen Verein verfolgte, was nachgewiesen werden könnte, die Interessen des Bundes der Landwirte und des Reichsverbandes gegen die So- zialdemokratie, das zeigten die Angriffe gegen die Ar- beiter- Bewegung, in allen Agitations- Reden werden die freien Organisationen aufs heftigste angegriffen. Trotz seiner Stärke hat der Verein nicht den mindesten Einfluß auf Verbesse- rung der Gehälter ausüben können. Sein Hauptaugenmerk sei darauf gerichtet, Kampf untereinander zu führen. Nach verschiedenen Rückschlüssen habe er direkt gegen die Interessen der Handlungsgesellen gehandelt. Referent brachte hierfür viele Beispiele. Der Zentralver- band habe nachweisbar Kohorten auf Handlungsgewerbe durchgeführt. Gedulden könne nur ein Verband auf gesellschaftlicher Basis, der das gesamte Heer der modernen Arbeiterschaft hinter sich hat. Ohne Stütze auf die Massen seien wesentliche Vorteile nicht erreichbar. Lebt, Weis- den Deutsch-Nationalen wurde volle Redezeit zugestanden, es wählte sich aber niemand. Herr Sabor von den Deutschen. Paulisten bezeichnete das Schweigen als eine Feigheit, wenigstens der Sache sollte gewahrt werden. Er stimmte in allen Punkten den Ausführungen des Referenten zu.

*** Hilfe für den Schnapsbohott!**

Die Idee des Junkerbohotts findet auch außerhalb unserer Reihen Anklang. Die Teilnahme der Tisch-Dunderschen Gewerke- vereine melbten wir bereits. Jetzt schließen sich auch die Demokraten an. In einer demokratischen Ver- sammlung zu Nixdorf wurde, nach einem Vortrage des Herrn von Gerlach, zur strikten Durchführung des Leipziger Beschlusses aufgefordert, der aus ethischen und poli- tischen Gründen die Unterstützung aller freiheitlichen Elemente verdient. Selbst bei den Anarchisten findet die Sache An- klug, der „Freie Arbeiter“ schreibt:

„Ein Beschluß des sozialdemokratischen Parteitages kann auch von uns freudig begrüßt werden: Der Branntweinbohott. Ueber die Schädlichkeit des Fufels ein Wort zu verlieren, hiesse Wasser ins Meer gießen; mit gemäßigten Gefühlen und sanfteren Ge- sichten werden aber die Parteimitglieder diesen Beschlusses auf- nehmen. Seine Durchführung wird unter allen Umständen eine Kulturtat sein, an der außer den Sozialdemokraten auch Andersdenkende teilnehmen werden.“

Auf ein höhnisches Passengeschrei zu unserem Beschluß gehen wir in den nächsten Tagen einmal grüßlich ein.

*** Das Fleisch von Wildpret und Geflügel ist kein Fleisch.**

Diese salomonische Entscheidung hat der Staatssekretär des Reichsschatzamts auf eine Eingabe der Zentralstelle des Deutschen Städtetages gefällt. Es handelt sich dabei um die Auslegung des Zolltarifgesetzes, welches be- kanntlich in § 15 klar und deutlich bestimmt, daß für Rech- nung von Kommunen usw. vom 1. April 1910 ab Abgaben auf Getreide, Vieh, Fleisch, Fleischwaren und Fett nicht er- hoben werden dürfen. Der Staatssekretär glaubt nun das Wort „Fleisch“ so interpretieren zu dürfen, daß Wildpret und Geflügel darunter nicht fällt. Sollte er wirklich bei seiner Auffassung bestehen bleiben, so müßten die Gerichte die endgültige Entscheidung treffen.

In Breslau wird man aber hoffentlich diese schwan- kende Brücke überhaupt nicht erst betreten, sondern schon wegen der unverhältnismäßig hohen Erhebungskosten die Geflügel- und Wildpretsteuer mit der Fleischsteuer ab- schaffen.

*** Zur Beachtung für Rekruten.**

Wenn gegen Rekruten ein Gerichtsverfahren schwebt, sind diese ver- pflichtet, vor ihrer Einstellung der Militärbehörde hiervon Anzeige zu machen. Sie werden eventuell nicht eher ein- gestellt, als bis die Strafsache einschließliche Strafvollstreckung erledigt ist. Unterlassen sie die Anzeige, so werden sie bei einer Verurteilung behufs Verbüßung der Strafe wieder entlassen, ungeachtet dessen, wie lange sie bereits dienen. In nächsten Jahre werden sie dann erneut ausgehoben, ohne daß die vorhergegangene Dienstzeit eingerechnet wird.

*** Trinkt Milch statt Schnaps!**

Die Breslauer Milchhand- lungen, die gestern früh eröffnet wurden, erwecken sich bereits einen starken Zuspruch. Auf dem Christoph-Platz war in den Nach- mittagsstunden der erste Verkauf an Vollmilch von 20 Litern bereits ausverkauft, sodas mehrere Einkäufer nicht gleich befriedigt werden konnten. Bemerkenswert ist, daß der Preis (1/2 Liter geschäufte Vollmilch 5 Pfg.) im Verhältnis zu dem vorherigen Junkerbohott billiger an- zusehen ist und sich den auf „Einkauf“ gewöhnten aus den Milch- händlern der beste Verkauf. Schnaps bietet, den zu konsumieren sich jeder Arbeiter zur Pflicht machen sollte. Also trinkt Milch statt Schnaps.

